

Zornige
Debatte um
Zukunft der
Schorndorfer
Klinik
▶ Seite C 1

WAIBLINGER KREISZEITUNG

www.waiblinger-kreiszeitung.de

aboPLUS
Leserabonnementen

Heute mit
Kinogutschein

Bis zu 3 Euro Vorteil
Gutschein im Innenteil
dieser Ausgabe.



Zeitungsverlag Waiblingen E 7013

Dienstag, 12. April 2016

178. Jahrgang

Nr. 84

1,70 Euro

Waiblingen

Die Finanzplanung ist kein Wunschkonzert

Regierungspräsidium mahnt realistischere Planung an

▶ Seite B 2

Weinstadt

Schillerschule wird bis 2018 umgebaut

Ganztagsbetrieb startet schon im Herbst 2017

▶ Seite B 3

Rems-Murr

Triumphe und Tragödien des neuen Polizeichefs

Wo Roland Eisele hinkommt, da überschlagen sich die Ereignisse

▶ Seite C 3

Rems-Murr

Bernd Kußmaul und der Pop-Art-Künstler James Francis Gill

Wie die Großheppacher einen VW-Käfer mit Kunst überziehen

▶ Seite C 4

Anzeige

Tage bis zum Start: **4**

Messe
gesund &
vital
mit Freizeitaktiv

16. + 17. April 11-18 Uhr
Bürgerzentrum Waiblingen

Wir sind für Sie da

AboService (071 51) 566 - 444
aboservice@zvw.de

Anzeigen (071 51) 566 - 411
anzeigen@zvw.de

Redaktion (0 71 51) 566 - 576
waiblingen@zvw.de

Lokal (0 71 51) 566 - 275
kreis@zvw.de

Kreis (0 71 51) 566 - 262
sport@zvw.de

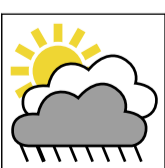
Börse

Dax Euro Stoxx 50 Euro

↑ ↑ ↑

9682,99 Pkt. +60,73 Pkt. 2924,23 Pkt. +12,25 Pkt. 1,1398 Dollar +0,34 Cent

Wetter



Mittags 19°
Nachts 7°
Sonne und Wolken,
Schauer und Gewitter



Waiblinger Tierhof Waldmühle will Kita werden



Die Waldmühle in Waiblingen ist ein pädagogischer Begegnungshof für Kinder und Tiere. Außer Kursen und Erlebnismittagen möchte

Betreiberin Joy Fehm – hier mit Tochterlein Leonie – noch mehr Tierpädagogik anbieten: Ihr Traum ist, einen Kindergarten aufzubauen. Nö-

tig wäre dafür der Neubau einer zweigruppigen Kita-Einrichtung. Bild: Palmizi

▶ Seite B 1

Kurden-Konflikt: Polizei prüft Rückkehr der Wasserwerfer

Mehr als 50 verletzte Beamte bei Ausschreitungen in Stuttgart – Erinnerung an Schwarzen Donnerstag

Die massive Gewalt zwischen Kurden und Türken in Stuttgart lässt die Polizei neu denken. Die Wasserwerfer, seit dem Schwarzen Donnerstag bei Stuttgart 21 ein Tabu, sollen doch wieder auffahren.

VON WOLF-DIETER OBST

STUTTGART. Es ist die Bilanz einer Schlacht, die am Montag nach den Krawallen zwischen kurdischen und türkischen Demonstranten in Stuttgart auf den Tisch kommt: Mehr als 50 verletzte Polizeibeamte, vier davon dienstunfähig, dazu zehn verletzte Demonstranten, zertrümmerte Polizeiautos,

26 ermittelte Tatverdächtige. Dabei war die Polizei am Sonntag mit 800 Beamten im Einsatz – eine vergleichsweise hohe Zahl, die dennoch kaum ausreichte.

„Wir sind entsetzt, was sich in Stuttgart abgespielt hat, und waren überrascht über den hohen Grad der Aggression“, sagte der Stuttgarter Polizeisprecher Stefan Keilbach unserer Zeitung. Er bestätigte unserer Zeitung Überlegungen der Polizeiführung, künftig bei Demonstrationen, die den kurdisch-türkischen Konflikt zum Inhalt haben, auch wieder die umstrittenen Wasserwerfer einzusetzen.

Nach Ansicht der Polizei lässt sich das „massive Ausmaß“ der Gewalt kaum mehr anders bewältigen. Die verletzten Beamten

wurden Opfer von Böllern, Steinen und Tritten. Wasserwerfer würden deshalb ins Kalkül gezogen, weil sie einen Schutz vor Angreifern böten, aber auch die Konfliktparteien auseinander halten könnten, so die Polizei. Dies wäre ein Tabubruch: Beim Schwarzen Donnerstag hatte es beim Einsatz gegen Gegner des Bahnprojekts Stuttgart 21 am 30. September 2010 im Schlossgarten mindestens 164 Verletzte gegeben. Dafür wurden später hochrangige Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt belangt.

Die damals eingesetzten Fahrzeuge sind indes nicht mehr im Einsatz. Inzwischen ist die Wasserwerferflotte des Landes modernisiert worden.

▶ Seite 3

VW-Präsidium kann Bonusstreit nicht lösen

WOLFSBURG (dpa/StN). Die umstrittenen Bonuszahlungen für die Vorstände von Volkswagen bleiben ein ungelöstes Streitthema. Das sechsköpfige Präsidium des Aufsichtsrats konnte sich am Montag nicht auf eine Regelung über die millionenschweren Vergütungen einigen.

Zumindest in dem ebenfalls hinter den sogenannten Zukunftspakt konnte Volkswagen im Anschluss an die knapp dreistündige Sitzung aber eine Weiterentwicklung melden: Vorstandschef Matthias Müller macht den Pakt zur Chefsache und folgt dem Verhandlungsauftrag des Betriebsrats. Dabei sollten etwa für die deutschen VW-Werke „verbindliche Standort sicherungspakete abgeschlossen werden“, teilte das Unternehmen am Montag mit.

Auto Gnom

Der Mensch ist im Straßenverkehr zu einem unvermeidbaren Risiko geworden. Forscher der Uni Braunschweig haben beim Beobachten von 12.000 vorbeifahrenden Autos festgestellt, dass 4,5 Prozent der Fahrer auf ihrem Handy herumpippten. Vielleicht waren es sogar mehr, die Forscher haben ja sicher auch mal zwischendurch auf ihr Handy geschaut. Jedenfalls ist das Ganze eine Riesengefahr, die von Fußgängern nur deshalb nicht bemerkt wird, weil die ebenfalls mit Simsen und Chatten beschäftigt sind. Angesichts von so viel Unvernunft müssen die Computer nun bald das Steuer übernehmen. Der einst so mächtige Mensch wird im Auto gegen seinen Willen zum Gnom. Man nennt dies deshalb auch autognomes Fahren – mit hohem Trollwiderstand. (rai)

Neue Warnstreiks im öffentlichen Dienst drohen

POTSDAM (dpa). Im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes ist kein schneller Durchbruch in Sicht. Weitere Warnstreiks drohen somit in den kommenden Wochen. Im Mittelpunkt standen in stundenlangen Verhandlungen am Montag in Potsdam die angestrebte neue Eingruppierung der Beschäftigten in die Entgeltordnung und der Streit um die zusätzliche Altersvorsorge, wie aus Verhandlungskreisen verlautete.

Die Lohnforderung der Gewerkschaften war demnach noch nicht Hauptgegenstand der zweiten Verhandlungsrunde. Die Arbeitnehmervertreter fordern sechs Prozent mehr Lohn für die mehr als zwei Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen. Auszubildende sollten übernommen, Befristungen ohne Sachgrund für die Zukunft ausgeschlossen werden.

Mahle-Jobs sind bis Ende 2019 sicher

Autozulieferer fordert im Gegenzug, die Arbeitszeit kurzfristig auf 30 Wochenstunden senken zu können

VON INGE NOWAK

STUTTGART. Beim Zulieferer Mahle wird es bis Ende 2019 keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Das haben Geschäftsleitung und Vertreter der Arbeitnehmer vereinbart. Die Regelung gilt für alle 14.000 Mitarbeiter an den 30 Standorten in Deutschland.

Im Gegenzug werden den Mitarbeitern Zugeständnisse abverlangt. Die Beschäftigten wurden per Flugblatt informiert. Hart

trifft es die 259 Beschäftigten in Leibertingen (Kreis Sigmaringen). Dort soll die wöchentliche Arbeitszeit zunächst um drei Stunden ohne Lohnausgleich auf 38 Stunden erhöht werden; schrittweise soll sie dann wieder gesenkt werden. Zudem werden künftige Tarifierhöhungen dort um sechs Monate verschoben, sagte Michael Glowatzki, in der Mahle-Geschäftsführung zuständig für Personal und Recht.

Für alle Beschäftigten in Deutschland gilt, dass Mahle die wöchentliche Arbeits-

zeit kurzfristig auf 30 Stunden reduzieren kann, „was unsere Reaktionsgeschwindigkeit erhöht und unseren Handlungsspielraum erweitert“, so Glowatzki. Mahle sagt Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe hierzulande zu. Ein Schwerpunkt wird Leibertingen sein, an dem die Fertigung von Nockenwellen ausgebaut wird und 100 neue Stellen entstehen. In Rottweil soll die Stahlkolbenproduktion ausgeweitet werden.

Mahle bleibt bei der Entscheidung, den Bereich Industriefiltration mit weltweit 885

Nach dem Klinikaufenthalt ins Pflegeheim

Viele Ältere kommen verwirrt aus dem Krankenhaus – 1,4 Millionen Betroffene

VON MICHAEL BRENDLER

FREIBURG. Ein Klinikaufenthalt kann den geistigen Abbau älterer Patienten rasant beschleunigen. Von deutschlandweit rund acht Millionen Patienten, die jährlich im Rentenalter stationär behandelt werden, rutscht Studien zufolge jeder Fünfte in ein sogenanntes Delir – also einen Zustand geistiger Verwirrung. „Die Patienten wissen weder, wo sie sind, noch, mit wem sie es zu tun haben“, sagt der Psychiater Michael Hüll, Chef der Klinik für Geronto- und Neuropsychiatrie in Emmendingen. Delirpatienten haben ein mehr als doppelt so hohes Risiko, die Klinik nicht lebend zu verlassen, hat der amerikanische Anästhesist Robert Stevens ermittelt. Nach Angaben der Fachzeitschrift „Jama“ landen sie mehr als doppelt so häufig nach der Entlassung in einem Pflegeheim.

Untersuchungen zeigen, dass sich mit einer besseren Betreuung der Senioren die Zahl der Delirfälle deutlich senken ließe. Doch bisher gibt es dazu nur einige Modellprojekte.

Kommentar

VW-Titanic

Die Boni scheinen wichtiger zu sein als ein Ende des Abgasskandals

VON KLAUS KÖSTER

Na immerhin, die Probleme des Jahres 2025 hat das Aufsichtsratspräsidium von VW in seiner Krisensitzung schon mal gelöst. VW-Chef Matthias Müller und der Betriebsratsvorsitzende Bernd Osterloh seien sich einig, eine Strategie 2025 zu erarbeiten, teilte der Konzern mit. Aber gab es da nicht noch ein paar Probleme, die schon im April 2016 gelöst werden müssen? Zum Beispiel die Frage, ob es Volkswagen gelingen wird, in den USA wieder Fuß zu fassen? In Wolfsburg tobten Verteilungskämpfe um Geld, von dem man nur weiß, dass man es nicht hat.

Der Diesel-Skandal wird VW auch finanziell alles abverlangen – für Strafzahlungen, Rückrufe, Schadensatzklagen und nicht zuletzt den Vertrauensverlust. Dass in dieser Lage ernsthaft – und auch noch ergebnislos – darüber diskutiert wird, ob die Vorstände auf Sonderzahlungen verzichten, ist schwer nachvollziehbar. Ex-Chef Martin Winterkorn, in dessen Amtszeit sich die Manipulationen ereignet haben, besteht auf Auszahlung seines Vertrags und zeigt damit ein hohes Maß an Eigennützigkeit. Seine Ansprüche fallen auch deshalb so hoch aus, weil der Konzern durch die Manipulationen, die ihm nun auf die Füße fallen, zunächst viel Geld gespart hat.

Doch Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch fällt als moralische Instanz aus, ließ er sich den Wechsel in den niedriger besoldeten Aufsichtsratsvorsitz doch mit einer zweistelligen Millionenprämie verstauben. Dass da auch die Arbeitnehmer einen Bonus wollen, ist fast schon die logische Folge. Und das Land Niedersachsen hält ebenfalls die Hand auf und besteht auf der Dividende. Auf der VW-Titanic wird getanz, gestritten und gefeilscht – doch wohin das Schiff steuert, scheint zunehmend aus dem Blick zu geraten.

klaus.koester@stuttgarter-nachrichten.de